

# Beilage zur Graphischen Presse.

## Allgemeines.

### Ein unverständlicher Beschluß.

Vor kurzer Zeit ging den einzelnen Mitgliedsvorständen ein Aufruf der Zahlstelle Chemnitz zu, der die Unterstützung eines verunglückten Kollegen zur Gründung einer Existenz für denselben betraf. Es ist dies nun zwar kein außergewöhnlicher Vorfall mehr, da bereits in früheren ähnlichen Fällen ebenso gehandelt wurde. Wenn wir uns in diesem Artikel trotzdem mit der Angelegenheit befassen, so deshalb, weil uns die Bekanntmachung des Hauptvorstandes in No. 49 der Graph. Presse hierzu Veranlassung gibt. Zunächst zu einer rein formellen Frage. Der Hauptvorstand schreibt: »Der Aufruf lag dem Hauptvorstand nicht vor. Die desbezügliche Fußnote ist unrichtig.« Dies stimmt zweifellos, daß der Aufruf in seinem Wortlaut dem Hauptvorstande nicht vorgelegen hat, denn derselbe wendet sich an die gesamte Kollegenschaft Deutschlands, während nach der Bekanntmachung die Genehmigung zur Sammlung nur für Sachsen und Schlesien gegeben wurde. Die Chemnitz' Kollegen haben also dem Beschlusse des Hauptvorstandes zuwider gehandelt, damit sind dieselben formell im Unrecht, ob auch in sachlicher Beziehung, das ist eine andere Frage, über die man zweierlei Meinung sein kann. Und wir sind hier anderer Meinung als es der Beschluß des Hauptvorstandes darstellt! Es erscheint uns ganz unverständlich, warum nur zwei Landesteile, Sachsen und Schlesien zur Unterstützung eines in Not geratenen Kollegen herangezogen werden sollen, und es wäre wirklich interessant, die Motive zu erfahren, die dem Hauptvorstande zu diesem unverständlichen Beschlusse Veranlassung gaben. Dieses umso mehr, als in früheren Fällen — wir erinnern nur an den Fall des Kollegen Leist, Nürnberg — eine solche Einschränkung nicht getroffen wurde. Fast könnte es den Anschein haben, als ob der Hauptvorstand befürchtete, es könnte durch eine Sammlung unter der gesamten Kollegenschaft Deutschlands eine Summe zusammenkommen, die für den betreffenden Kollegen einen Reichtum bedeuten würde. Wären dies die maßgebenden Motive gewesen, so könnte man dem Hauptvorstande allerdings kein großes Verständnis in der Würdigung der Lage eines solchen Kollegen zusprechen, ganz abgesehen davon, daß es in Anbetracht der früheren Fälle ein Messen mit zweierlei Maß wäre. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein! Hatte man im Falle Leist eine Unterstützung durch die gesamte Kollegenschaft zugelassen, so mußte man konsequenter Weise auch hier wieder so handeln. Wenn dies nun nicht geschehen ist, so muß im Namen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung der Kollegen hiergegen Einspruch erhoben werden. In diesem Sinne beschloß auch die Mitgliedschaft Karlsruhe in ihrer letzten Versammlung gegen den Beschluß des Hauptvorstandes zu protestieren und die Sammlung trotzdem in die Wege zu leiten. Man war auch der Auffassung, daß, falls die gesammelte Summe wirklich den Betrag des durchaus Notwendigen überschreiten würde, der Restbeitrag für eventuell später eintretende Fälle Verwendung finden könnte, also zurückgelegt werden müßte.

Daß wir im Prinzip nicht für das Sammelwesen, oder richtiger gesagt, Sammelwesen sind, das hat die Mitgliedschaft Karlsruhe durch ihren Antrag auf der Generalversammlung in Hannover gezeigt. Wir stellten damals den Antrag, einen Passus in das Statut aufzunehmen, der eine Unterstützung von Mitgliedern in besonderen Notfällen vorsieht. In anderen größeren Verbänden hat man dergleichen Unterstützungen bereits eingeführt und damit — nicht wie man es bei uns befürchtete — keine schlechten Erfahrungen gemacht. Dem Hauptvorstand und dem Ausschuß müßte gemeinsam das Recht zustehen, eintretende Fälle auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und wir glauben kaum, daß bei den nötigen Vorsichtsmaßregeln unsere Kasse allzusehr belastet würde. Hoffentlich ist der jetzige Fall weiteres Material dafür, der besseren Erkenntnis Durchbruch zu verschaffen, um in unserem Statut eine Regelung eintreten zu lassen. So lange dies nicht der Fall ist, muß jedoch dafür gesorgt werden, daß keine Inkonsequenz Platz greift und ein Kollege wie der andere behandelt wird, wenn er es bedürftig ist.

Karlsruhe i. B.

E. R.

Anmerkung: Die Karlsruher Kollegen regen sich wieder einmal unnötig auf: wir wollen dem Verlangen derselben sofort hiermit nachkommen.

Maßgebend für unser Verhalten sind die verschiedenen Generalversammlungsbeschlüsse, worunter auch der von Saalfeld noch zu Recht besteht, der folgenden Wortlaut hat:

»Die Generalversammlung verurteilt das Sammelwesen, da es zur Begünstigung einzelner führt, während andere ebenso Bedürftige nichts erhalten. Die Extra-Unterstützungen müssen dringend als Privatsache den Mitgliedern innerhalb ihres Kreises überlassen werden.«

An diesen Beschluß scheinen die Karlsruher Kollegen nicht zu denken, (s. Seite 59 und 60 des Protokoll). Seit dieser Zeit ist stets nach diesem

Grundsatz verfahren worden und sollte man doch Zurückliegendes nicht heranziehen. Es ist stets ein Kollege wie der andere behandelt worden, eine Inkonsequenz liegt also nicht vor!

Wenn also den Mitgliedschaften solche Extrasammlungen innerhalb ihres Kreises überlassen werden müssen, so ist unser Standpunkt wohl nunmehr auch den Karlsruher Kollegen »verständlich.«

In diesem Falle sind wir sogar etwas über den vorliegenden Beschluß hinausgegangen, indem wir auch die Sammlungen in Schlesien mit empfohlen haben, und zwar deshalb, weil der Kollege lange Zeit dort beschäftigt war und allgemein bekannt ist. Weil aber die Chemnitz' Kollegen noch darüber hinausgingen und die Fußnote unter dem Aufruf brachten, die den Glauben erwecken mußte, als wenn wir mit einer Sammlung in ganz Deutschland einverstanden wären, machte sich unsere Notiz in der »Graph. Presse« No. 49 nötig. So lange der oben zitierte Generalversammlungsbeschluß noch zu Recht besteht, werden wir auch in Zukunft bei ähnlichen Fällen hiernach handeln. Die Karlsruher Kollegen scheinen jedoch anderer Ansicht zu sein. Die im obigen Artikel von E. R. gemachten Unterstellungen weisen wir hiermit zurück.

Der Hauptvorstand.

### Außerordentliche Notfälle.

Wir stehen am Krankenbett eines Kollegen, der an der Proletarietkrankheit leidet. Wie lange die Krankheit noch dauern wird, weiß niemand, sicher ist nur, arbeiten wird der arme Teufel nie mehr können. Soeben hat ihm die Frau das letzte Krankengeld der Ortskrankenkasse gebracht. Das letzte —! Die 26 wöchentliche Unterstützungsdauer ist zu Ende, in der nächsten Woche wird nur noch das Krankengeld des Verbandes die einzige Einnahme der Familie sein. Dazu wird später, wenn das Verfahren seinen Schneckenweg beendet hat, die Reichs-Invalidentrente von rund 4 Mk. die Woche kommen. Noch weitere 26 Wochen: Die Unterstützung des Verbandes fällt fort, die 4 Mk. Invalidentrente sind die einzige Einnahme pro Woche. Vier Mark! Es dreht sich um das Herz im Leibe um, wenn wir daran denken. Die Verbandsinvalidentrente kann der Arme nicht erhalten, er war schon immer kränklich. Die »Solidarität« des alten Senefelder-Bundes, der nur Kollegen aufnahm, die mit dem Gesundheitsattest ausgerüstet waren, ließ nicht zu, daß er die Anwartschaft auf Invalidentrente erwerben konnte. Wir können nichts mehr für ihn tun; das einzige ist, daß wir die Weihnachtsunterstützung, die wir den Arbeitslosen aus Privatmitteln gewähren, auch ihm zukommen lassen. Noch jahrelang kann sich das Leiden hinziehen, Stück für Stück aus dem Haushalte wird verkauft werden; der Gerichtsvollzieher und der Armenpfleger werden sich bald als Gäste melden.

Das ist kein Einzelfall, es ist das Schicksal des kranken Arbeiters, das sich vor uns aufrollt. Es ist eine alltägliche Erscheinung. Wir können nicht eingreifen — es ist nichts außerordentliches.

Ein anderer Fall. Ein Kollege verunglückt. Die saubere Maschine hat ihn den rechten Arm so zermalmt, daß er abgenommen werden muß. Nachdem sich unser Entsetzen gelegt, sagen wir uns, daß etwas getan werden muß und wir appellieren an die Mildtätigkeit der Kollegen ganz Deutschlands. Denn hier liegt ein außerordentlicher Notfall vor, der Verletzte wird niemals mehr seinen Beruf ausüben können. Er liegt im Krankenhaus, die Familie bekommt das halbe Krankengeld, d. h. 6 Mk. pro Woche, dazu das Verbandskrankengeld, wodurch es 18 Mk. werden; dazu kommt noch der halbe Unfallzuschuß, die 20 Mk. werden voll. Da sich der Heilungsprozeß glatt vollzieht, kann die Entlassung aus der Behandlung bald erfolgen und nun fällt das Krankengeld fort, der Kollege bekommt aber die Unfallrente und zwar die Vollrente. Nehmen wir an, er habe 28 Mk. pro Woche verdient. Die Vollrente beträgt dann etwas über 18 Mk. pro Woche. Allerdings wird ihm diese nicht lange gewährt, er wird bald nur noch 75 Proz. der Vollrente erhalten, das ist die Hälfte seines Verdienstes, 14 Mk. pro Woche. Ein kleiner Zuschuß kommt allerdings vorübergehend noch hinzu, denn er hat auch Ansprüche an die Reichs-Invalidentversicherung. Rente erhält er zwar nicht, da er diese von der Berufsgenossenschaft bekommt, aber er hat Anspruch auf Invalidentrente für die ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall; außerdem bekommt er seine Beiträge auf Antrag zurück, etwa 100 Mk. kann er dabei doch profitieren. Im Laufe des Jahres 1908 wird er dann bezugsberechtigt in der Invalidentkasse des Verbandes. Er bekommt nun pro Woche 14 Mk. Unfallrente und 7 Mk. Verbandsinvalidentrente, das sind 21 Mk. pro Woche. Diese Unterstützung verbleibt ihm auf die Dauer. Es mag über ihn hereinbrechen was will, es mag eine Krise kommen, die Tausende arbeits- und existenzlos macht, er hat seine 21 Mk. pro Woche, an die niemand, nicht einmal der Gerichtsvollzieher heran kann. Dabei wird er vielleicht den Rest seiner Arbeitskraft verwerten als Bote oder sonstwie. Wenn er auch nicht viel verdient, wenn nur durchschnittlich eine Mark pro Tag noch nebenbei herauskommt, dann ist der alte Lohn erreicht.

Warum ich diese Fälle, die uns beide zugleich in einer Verwaltungssitzung beschäftigten, nebeneinander stelle? Tue ichs, um unserer Sozialgesezgebung ein Loblied zu singen? Nein, schon deshalb nicht, weil der erste Fall, der alltägliche, zeigt, daß sie in der Regel versagt und auch im zweiten Fall kommt ja das nicht ungünstige Ergebnis wesentlich dadurch zustande, weil sich der Verletzte selbst nebenbei versichert hatte. Aber ich habe geglaubt, es würde angebracht sein, zu dem Entrüstungssturm, der in Chemnitz und anderwärts tobt, weil der Vorstand glaubte, daß es genüge, wenn Sachsen und Schlesien den zweiten — nicht den ersten — Kollegen durch freiwillige Sammlungen unterstützt, einige Illustrationen zu liefern. K. Müller.

### Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Leipzig-N.

### Ueber die berufliche Weiterbildung der Lithographen.

V.

Nach all' dem, was wir bisher über das gewerbliche Bildungswesen in der Lithographie hier vorgebracht haben, bleibt uns also kein anderer Schluß, als daß wir selbst mit Hand anlegen müssen, wenn die technische Ausbildung der Lithographen vollkommener werden soll. Die Gelegenheit, die den Kollegen an einigen Orten geboten wird, durch Besuch von Lehrinstituten ihr berufliches Können zu erweitern, ist eben zu beschränkt, um Möglichkeit zu bieten, die mangelhaften Resultate der Lehre in den lithographischen Anstalten ausgleichen zu können. Dabei soll der Anteil, den die wenigen staatlichen Lehrinstitute zur Hebung unseres Berufes beitragen, durchaus nicht verkannt werden; wemgleich ihre Lehrmethoden in technischer wie pädagogischer Hinsicht oft noch viel zu wünschen übrig lassen.

Wie unser Gewerbe gegenwärtig wirtschaftlich und sozial gestellt ist, können wir in der Frage der gewerblichen Fortbildung zu gar keinem anderen Ausweg gelangen, als uns selbst zu helfen. Und die Selbsthilfe, sie ist schließlich doch immer noch die beste Hilfe! Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiterbewegung am besten beschlagen ist, wenn sie sich bei ihren Unternehmungen stets in erster Linie von dem Grundsätze leiten läßt: *Aus eigener Kraft!* Denn wo sie in gewissen Fällen diesen Grundsatz außer Acht ließ und auf die Hilfe ihrer zweifelhaften Gönner aus dem Kreise der sogenannten bürgerlichen Ideologen vertraute, da wurde sie fast regelmäßig mit Enttäuschungen belohnt. Und wollten wir uns in der Bildungsangelegenheit hinsichtlich solcher Hilfe trügerischen Hoffnungen hingeben, so würde sich dies besonders bitter an uns rächen!

Man muß immer im Auge behalten, daß die Kapitalisten alle Unternehmungen, die der Staat auf Anraten bürgerlicher Sozialpolitiker zur Hebung der Arbeiterklasse unternimmt, peinlich überwachen, damit sie den Arbeitern nicht zu viel nutzen und dadurch ihre kapitalistischen Interessen gefährden. In diesem Prinzip bleibt sich das Unternehmertum stets treu; es folgt ihm in jeder Sache; auch in der Frage des Bildungswesens. Obwohl die Unternehmer eine Qualifizierung der Arbeitskraft in ihrem Vorteil liegend halten, so wollen sie aber doch, daß sie nicht zu weit getrieben wird, nicht weiter, wie sie ihren Ausbeuterinteressen förderlich erscheint. Ueber diesen ihren Willen haben sie auch noch nie einen Zweifel aufkommen lassen. Als Beweis dafür, daß dem so ist, sei nur eine ernstgemeinte Bemerkung eines Münchener Innungsobermeysters und Handwerkskammermitgliedes zitiert, die Dr. Kerschensteiner in einer amtlichen Denkschrift über das gewerbliche Bildungswesen der Öffentlichkeit übergab. Die Offenbarung des Innungsobermeysters, in der sich der Ideengang des Unternehmertums aller Branchen widerspiegelt, lautet: *»Die Aufgabe des praktischen Unterrichts in unseren fachlichen Fortbildungsschulen sei, den Lehr-*

ling in seiner praktischen Ausbildung zurückzuhalten; er dürfe keine fertigen Stücke machen, sonst verlange er als Geselle zu viel Lohn.»

Wenn wir in der Organisierung der Selbsthilfe nach einem Vorbilde suchen, so brauchen wir nur in unser Nachbargebiete, in das Buchdruckgewerbe zu blicken. Dort finden wir, daß uns unsere Schwäger in der Pflege des gewerblichen Bildungswesens meilenweit voraus sind. Es ist dies eine Tatsache, die für uns Lithographen tief beschämend sein muß! Also die Jünger unseres typographischen Konkurrenzberufes, der auf Grund seiner Technik den besten wirtschaftlichen Stand hat und darum alle nebenstehenden Fächer der Graphik mehr oder weniger mit Erfolg bedrängt, pflegen der gewerblichen Fortbildung; während die Lithographen, die solcher Bildungspflege weit vortügliger hätten, in dieser Hinsicht noch in völliger Lethargie verharren. Und da soll es ein Wunder sein, wenn die Lithographie technisch und wirtschaftlich stagniert!

Wer sich ein Bild machen will, in welcher Ausdehnung sich die Buchdruckergehilfen ihre gewerbliche Fortbildung angelegen sein lassen, der braucht nur einige Zeit die verschiedenen Fach- und Annoncenblätter der Druckindustrie etwas eingehender zu verfolgen. Es erscheint keine einzige Nummer von diesen Zeitschriften, in der nicht mehrere Berichte über solche Bildungsveranstaltungen der Buchdruckergehilfen enthalten wären. Wem wären wohl in diesen Fachblättern die vielen, immer wiederkehrenden Berichte unter den Stichmarken: *Graphische Gesellschaft, Typographische Vereinigung, Graphischer Klub* und so fort, nicht schon aufgefallen? Es sind das fachtechnische Vereinigungen von Buchdruckergehilfen, die sich fast in jedem Orte vorfinden.

Vor uns liegt zufällig die No. 87 der »Buchdruckerwoche«, in der zum Beispiel aus fünf Orten solche Vereine über ihre Tätigkeit berichten. Und diese Berichte sind für uns sehr interessant: sie gewähren uns teilweise einen Einblick, in welcher Weise in diesen Vereinen die technische Fortbildung betrieben wird. So liest man von Ausstellungen von Arbeiten aus Unterrichtskursen; von der Uebung in der Bleistiftzeichnung nach der Natur; von der Stilisierung von Naturformen, die von regem Fleiß und großer Liebe zur Sache seitens der Verfertiger zeugen; von Kolorierübungen, die in der Anlage von Farbenskalen mit Primär-, Sekundär- und Tertiär-Farben und von Tönen auf weißen und farbigen Papieren bestehen etc. Weiter ist von der Herstellung von druckreifen Skizzen, von der Besprechung von Preisausschreiben, vom Diplom-Wettbewerb, vom Studium der Fachliteratur, vom Tonplattenschnitt, vom goldenen Schnitt und sonstigen anderen technischen Fragen die Rede. Im ganzen dürfte dieser kurze Abriss schon darauf schließen lassen, daß in diesen Vereinigungen die gewerbliche Bildung ziemlich vielseitig gepflegt wird.

Besser noch als in Deutschland betreiben die Buchdrucker in Oesterreich ihre gewerbliche Fortbildung. Sie ist dort nicht auf einzelne, unabhängige Ortsvereine, sondern auf zentralistischer Grundlage mit einem einheitlichen Programm aufgebaut. Diese Bildungsorganisation der Buchdrucker (Graphische Gesellschaft, Zentralsitz Wien) sucht auf folgende Weise auf ihre Mitglieder fachlich bildend einzuwirken: 1. Durch selbständige Schaffung von Unterrichtskursen oder Anstrengung solcher, das gewerbliche Wissen und Können der Gehilfen der graphischen Fächer zeitgemäß fördernder öffentlicher Fortbildungs- und Unterrichtskurse; 2. Durch fachtechnische und fachwissenschaftliche Vorträge und Exkursionen sowie solcher, welche zum Allgemeinwissen beitragen; 3. Anlegung einer auf die graphischen Gewerbe bezüglichen Bibliothek; 4. Herausgabe eines graphischen Fachblattes; 5. Beteiligung an Ausstellungen oder Veranstaltungen solcher zum Zwecke der Exposition graphischer Arbeiter und berufsverwandter gewerblicher Arbeitsmittel; 6. Beteiligung an Konkursen für Entwürfe zu Arbeiten und durch selbständige Preisausschreiben; 7. För-

derung von Gründungen analoge Zwecke verfolgender Vereinigungen in der Provinz.

Und zu dem soll für die Folge die Wiener Graphische Gesellschaft in ihrer Tätigkeit nicht auf die Buchdrucker beschränkt bleiben: sie soll eine fachliche Bildungsstätte für alle Graphiker werden. Wie die »Neuen Graphischen Nachrichten«, das Organ des Oesterreichischen Senefelder-Bundes, mitteilen, fand vor einigen Wochen in Wien eine Besprechung zwischen dem fachtechnischen Komitee der Graphischen Gesellschaft und dem Zentralvorstande des Oesterreichischen Senefelder-Bundes statt, in der über den Plan beraten wurde, das Programm der Graphischen Gesellschaft auch auf die Gebiete der Lithographie etc. auszuweiten, damit die Mitglieder des Oesterreichischen Senefelder-Bundes ebenfalls die Möglichkeit erlangen, sich technisch und theoretisch in ihrem Berufe zu vervollkommen. Also auch in Oesterreich raffen sich jetzt, dem Beispiele der Buchdrucker folgend, unsere Berufsgenossen zu einer fachgewerblichen Bildungsarbeit auf. Dies muß für uns ein weiterer Ansporn sein, das Müßigsein in dieser Frage so schnell wie möglich abzustreifen!

Wie wir unsere fachliche Fortbildung zu organisieren haben, dafür dürfte uns der hier gegebene kurze Umriß über die diesbezügliche Tätigkeit der Buchdrucker genügend Anhalt bieten. Wir brauchen nur auf die Erfahrungen weiterzubauen, die unsere Schwäger in dieser Tätigkeit bereits gesammelt haben. Gewisse Mängel, die wir an der Organisation des Bildungswesens der Buchdrucker empfinden, lassen sich bei uns von vornherein vermeiden. So halten wir es für viel vorteilhafter, wenn die gewerbliche Fortbildung nicht von untergeordneten Organisationen, sondern direkt von der Gewerkschaft selbst betrieben wird. Einmal liegt solche Tätigkeit im Bereich der Aufgaben der Gewerkschaft, und dann gibt sie ihr auch mehr Schwung und mehr Anziehungskraft. Die Gewerkschaft hat auch am ehesten die Kraft und die Mittel dazu, solche Aufgaben durchzuführen.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

### Ein ernstes Kapitel.

#### II.

Bereits in dem vorhergehenden Artikel haben wir uns mit der Tatsache befaßt, wie die Kollegen oft durch gesteigerte Arbeitsleistung in irrtümlicher Weise glauben, sich Vorteile finanzieller Art oder eine sichere Existenz verschaffen zu können, und wir haben auf die dadurch bewirkte Schädigung unserer Interessen hingewiesen. Diese Schädigung macht sich nun in erheblich größerem Maße bemerkbar da, wo das System der Prämien-schieberei zur Einführung gelangt ist. Es ist ganz selbstverständlich und vom Unternehmerstandpunkt aus betrachtet begrifflich, daß dieser das Streben in sich fühlt, sein Kapital recht gut zu verzinsen. Dies vermag der Kapitalist nur dadurch, daß er die Arbeitskraft jedes einzelnen seiner Arbeiter so viel wie nur irgend möglich in Anspruch nimmt, um seinen Profit auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen. Er sinnt deshalb auf alle Mittel, um aus seinem Ausbeutungsobjekt das Letzte herauszuholen und die Intensität der Arbeitsleistung zu steigern. Als ein solches Mittel betrachtet der Unternehmer das Prämien-system und trachtet es demgemäß zur Einführung in seinem Betrieb zu bringen. Er gibt dem Arbeiter, um ihn zu höheren Leistungen anzuspornen, für diese Mehrleistung eine Extravergütung und spreizt sich gewöhnlich noch damit als Wohlthäter der Arbeiterschaft, der dafür besorgt ist, das Wohl der Arbeiter im Auge zu haben, indem er ihnen zu einem höheren Verdienst verhilft. Leider verläßt dieser Trick in seiner Spitzfindigkeit auch heute noch vielerseits bei unsern Kollegen, insbesondere den Maschinenmeistern,

und willig glauben sie dieser Zweiseelentheorie ihrer auf ihre Ausbeutung bedachten Prinzipale. Hier trifft eben auch das Sprichwort zu, daß der Schein trügt. In dem Glauben, ihre Verhältnisse gebessert zu haben, werden die Gehilfen zu Verrätern ihrer eigenen Sache! Welches sind nun die Nachteile, die dieses System mit sich bringt? In erster Linie ist es der Umstand, daß das Ueberhandnehmen dieses Systems eine größere Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Durch die hohen Leistungen werden so und soviel Kollegen, die sonst Beschäftigung finden könnten, arbeitslos, und was eine hohe Arbeitslosenziffer für uns zu bedeuten hat, darüber dürfte sich jeder nur halbwegs denkfähige Kollege im klaren sein. Der längere Zeit von Arbeitslosigkeit verfolgte Kollege wird durch die Not getrieben, sich bei jeder Gelegenheit zu billigem Lohne anzubieten; besser bezahlte Arbeitskräfte müssen ihm im Interesse des zehnmal geheiligten Profits ihren Platz räumen, ganz abgesehen davon, daß, wenn eine große Reservearmee Arbeitsloser vorhanden ist, der Unternehmer mehr »Herr im Hause« wird, er kann mit seinen Arbeitern schalten und walten wie er will. Alles das, was wir uns oft unter schwierigen Verhältnissen erobert haben durch Einsetzung unserer Existenz, geht auf diese Weise wieder zum Teufel. Warum kämpfen wir denn für die Verkürzung der Arbeitszeit? Doch auch um mehr Beschäftigung für die Arbeitslosen zu schaffen, um sie unterzubringen! —

Damit sind aber die aus der Prämienarbeit sich ergebenden Nachteile noch lange nicht erschöpft. Haben wir obenstehend klargelegt, wie der Verdienst der Kollegen zum Sinken gebracht wird, so muß auch ganz besonders darauf verwiesen werden, daß auch die Durchschnittsleistung steigt, zwar nicht freiwillig, sondern durch den Druck der Unternehmer, die in der Gestalt der »Ober« oftmals die reinsten Treiber zur Seite haben. Unter Hinweis auf die horrenden Leistungen unter dem Prämien-system werden diese verallgemeinert, d. h. die Mindestleistung wird immer mehr hinaufgeschraubt; es heißt dann: Es geht ja, eure Tätigkeit zeigt, daß ihr soviel leisten könnt. So wird dann von den Kollegen immer mehr verlangt zum Schaden ihrer Gesundheit. Geist und Körper sind auf die Dauer diesen Anstrengungen nicht mehr gewachsen, frühes Siechtum ist die Folge und statt der durch die höhere Entlohnung erwarteten besseren Lebenshaltung kommt Not und Elend über die Familie.

Weil nun die Gehilfenschaft in ihrer Gesamtheit all' die Schäden erkannt hat und sie dem einzelnen vor Augen zu führen und deren Ursachen zu beseitigen bestrebt ist, versuchen es die Unternehmer vielfach, dieses System unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit aufrechtzuerhalten, indem die Prämien nicht mit dem Wochenlohn verrechnet werden, sondern als Gratifikation zur Auszahlung gelangen. Und nicht nur dies, besonders schlaue Unternehmer lassen unter ihren sämtlichen Maschinenmeistern nur einen die »Wohltat« der Prämien genießen, natürlich auch unter dem Siegel der Verschwiegenheit — sonst wäre ja der beabsichtigte Zweck nicht erreicht — und den anderen Kollegen wird dann so ein »fleißiger« Arbeiter als Muster hingestellt und sie werden angehalten und getrieben, ebensoviel zu leisten wie dieser Musterknabe. Hier müssen unsere Kollegen die Augen offen halten, um dieser Hintertrepppolitik auf die Spur zu gehen, ihr Einhalt zu gebieten. Ein jeder Kollege, der auf Prämien auf diese oder jene Art arbeitet, sollte einmal ernstlich in sich gehen und es sich nachrechnen, ob sein Mehrverdienst auch wirklich in einem Verhältnis zu seiner Mehrleistung steht. Tut er dies, so wird er am ehesten zu der Ueberzeugung gelangen, daß er übervorteilt wird und sich selbst und seine Kollegen schädigt. Die Prämienarbeit ist also eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Produktionsweise und ist deshalb als solche schon zu bekämpfen. Aber aus Gründen der Aufrechterhaltung der Solidarität sind wir gegen das Prämien-system, die durch dasselbe untergraben wird. Zwischen

den Minderleistungsfähigen und den Kollegen, die in bezug auf ihre Leistung eine wahre *Steeplechase* reiten, müssen naturnotwendigerweise Differenzen entstehen; es bildet sich eine Rivalität heraus, die es unmöglich macht, geeignet zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage tätig zu sein. Berücksichtigen wir alle diese Umstände, so muß man sich bloß wundern, daß trotz der in die Augen fallenden Schädigungen die Prämienarbeit immer noch ihre Blüten treibt. Sehen wir deshalb mehr wie bisher darauf, daß diese Giftpflanze ausgerottet wird, es kann uns Steindruck nur zum Nutzen gereichen.

## Brief aus Rußland.

In diesen Tagen wird die Firma S. Lasin & Söhne in Grodno nach einem Maschinenmeister annonciieren. Kollegen, welche auf eine derartige Stellung in Rußland reflektieren sollten, mögen folgendes beachten.

Gehalt darf nicht unter 80 Rubel beansprucht werden. Dann muß auf freie Hin- und Rückfahrt, in Deutschland 3., in Rußland 2. Klasse bestanden werden und die Rückfahrt schriftlich bestätigt sein. Arbeitszeit ist 9 Stunden, doch werden jeden Abend zwei Ueberstunden verlangt, für welche 25 resp. 50 Prozent Zuschlag zu beanspruchen sind, die auch bewilligt werden. Die Firma ist eine echt jüdische. Sie kommen in ihr zeitweilig Streiks vor. Für die Zeit eines solchen Streikes muß volle Lohnauszahlung schriftlich ausgemacht sein. Sich an einem Streik beteiligen, ist gefährlich und kann sofortige Ausweisung nach sich ziehen. Dann ist noch zu bemerken, daß, wenn vorher ein Kontrakt verlangt wird, derselbe nicht unterschrieben werden darf, da man den Verhältnissen nach eines solchen nicht bedarf. In der Stadt ist es augenblicklich ruhig.

Ich verlasse heute meinen Posten und wünsche dem, der an denselben kommt, mehr Glück als ich es hatte. W. M.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

## Konferenz zwischen den Hauptvorständen des Xylographenverbandes und unserer Organisation.

Eine Sitzung der Vertreter der Zentralvorstände des Xylographenverbandes und des Verbandes der Lithographen und Steindruckerkund Ende November statt. Die Veranlassung bildete die Nichtaufnahme eines Xylographen-Kollegen, der seinen Uebertritt zur Berliner Chemigraphen-Filiale angemeldet hatte. Verweigert wurde die Aufnahme trotz entgegenstehender Beschlüsse nur deshalb, um die Frage einmal prinzipiell zu klären. Diese Klärung sollte die Sitzung bringen.

Die Vertreter der Xylographen wiesen darauf hin, daß es durch den Rückgang im belletristischen Holzschnitt selbst einem tüchtigen Belletristiker unmöglich sei, wieder Beschäftigung in seinem ursprünglichen Beruf zu finden. Und da die chemigraphische Branche diese Art Arbeiten übernommen habe, wäre es wohl natürlich, daß sich jene in Not geratenen Xylographenkollegen eine neue Existenz in der Chemigraphie suchen.

Ebenso berechtigt wurde von der andern Seite betont, daß wohl keine Gewerkschaft Leute aufnehme, die in einem Beruf stehen, für den ein anderer Verband existiert. Man könne doch unmöglich immer neue Ueberläufer aufnehmen, wenn für die in Betracht kommenden Sparten schon mehrere Arbeitslose vorhanden seien. Durch die so geschaffene künstliche Vermehrung der Arbeitslosen würden doch die Berufsverhältnisse bedeutend verschlechtert, ohne daß der betreffende Xylographenkollege einen Vorteil hätte. Denn unter solchen Umständen wäre die Einstellung als Ueberläufer doch auf lange Zeit eine aussichtslose Sache.

Nach längerer Aussprache wurde in nachfolgendem Vorschlag einmütige Zustimmung erzielt:

Die Xylographen erkennen an, daß für ihre Kollegen bis zur endgültigen Verschmelzung, eine Aufnahme in den Verband der Lithographen und Steindruck nur dann Wert hat, wenn

gleichzeitig die Möglichkeit einer Einstellung als Ueberläufer vorliegt. Bei etwaigen Meldungen zum Uebertritt soll dem Mitgliede seitens des Filialvorstandes der betreffenden Chemigraphen-filiale über die Lage des Arbeitsmarktes Aufklärung gegeben werden. Bei vorliegendem Bedarf für eine in Betracht kommende Sparte möchte seine Aufnahme in den Verband der Lithographen und Steindruckervollzogen werden. Andernfalls müßte seine Aufnahme bis zu einem solchen Zeitpunkt verschoben werden, in welchem für den betreffenden Kollegen Aussichts zur Einstellung vorläge.

Gleichzeitig wurde den Vorstandsvertretern der Xylographen der Wunsch mitgegeben, dafür zu sorgen, daß sich möglichst nur solche Kollegen zum Uebertritt melden, für die die Notwendigkeit vorliege, einen anderen Beruf zu ergreifen. Einmütigkeit ergab sich auch darüber, daß unorganisierte Xylographen für die Aufnahme als Ueberläufer nicht in Betracht gezogen werden könnten.

Bei einer anderen Frage zeigte sich so recht der innige Zusammenhang zwischen dem Beruf der Xylographen und dem der Chemigraphen. Es lag von ersterer Seite die Beschwerde vor, daß einige chemigraphische Anstalten Aufträge in Holzschnitt übernehmen, diese Arbeiten aber durch Annonce Xylographen übertragen, die, teils unorganisiert, jedenfalls der Kontrolle des xylographischen Arbeitsnachweises vollständig entgehen. Um zu veranlassen, daß auch die in Betracht kommenden Firmen ihre Holzschnittarbeiten unter tarifmäßigen Bedingungen anfertigen lassen, wurde beschlossen, daß die Organisation der Xylographen sich, unter Darlegung des Sachverhaltes, an das Tarifamt der Chemigraphen wenden sollte.

Beschlossen wurde ferner, vorstehendes Resultat der Aussprache sowohl in der »Graph. Presse« als auch in der Xylographen Fachzeitung zu veröffentlichen.

## Neue Lehranstalt in Sicht!

In der Nummer vom 23. November des in Stuttgart erscheinenden »Neuen Tageblatts« war folgende Notiz erhalten: **Fachschule für die graphischen Gewerbe und Künste.** In einer Buchhändlerstadt wie Stuttgart wird die Gründung eines solchen Instituts gewiß in weiten Kreisen mit Interesse aufgenommen. Ihr Gründer ist Herr Kunstmaler und Graphiker *Gustav Holch*. Als Lehrgegenstände kommen u. a. in Betracht die Reproduktions-Photographien (Aufnahmen nach Strichzeichnungen, getuschten Zeichnungen, Gemälden und Naturgegenständen), ferner Aetzen von Autotypen, Chromotypen und Radierungen. Da die Lehrer dieses Instituts über langjährige, in erstklassigen Ateliers erworbene Erfahrung und einige darunter auch über eine gründliche künstlerische Ausbildung verfügen, so darf angenommen werden, daß auch den Schülern dieser Anstalt eine solche zu teil wird. Und dies ist umso mehr zu wünschen, als auf diesem Gebiete, trotz der bis jetzt erreichten ungewöhnlich vollendeten Leistungen, Fortschritte immer noch möglich sind. Wie wir erfahren, soll die Fachschule am 1. Januar 1908 eröffnet und der graphischen Kunstanstalt *Holch und Braun, Mittelstraße 2*, angegliedert werden.

Begreiflicherweise haben wir diese Notiz mit Interesse aufgenommen, aber das Interesse ist ein ganz anderes, als sich's der Artikelschreiber vorgestellt hat.

Wir enthalten uns vorläufig jedes weiteren Kommentars, behalten uns jedoch vor, nach Klärung der Angelegenheit darauf zurückzukommen. H. M.

## Ferienbewilligung.

Auf der Chemigraphen-Konferenz im August 1906 in München wurde bereits mehrfach bedauert, daß die Gewährung eines Sommerurlaubs immer noch als eine Wohltat oder als ein Unadgeschick des Arbeitgebers angesehen würde, das einem des Öfteren unter die Nase gerieben wird. Abgesehen davon, daß diese Anschauung der Arbeitgeber, in ein Verhältnis gebracht zu dem Verhalten einiger erster deutscher Kommunal-Verwaltungen, denen man eine Arbeiterfreundlichkeit so leicht nicht zutraut, eine sehr rückständige ist, dürften die kleinen Erfolge, welche wir bei dem heutigen Stande der Fern dem unermühtlichen Weiterstreben einiger Kollegen im Bunde mit der Einsicht weniger Arbeitgeber zu verdanken hatten, bald einen gehörigen Schritt rückwärts gehen. Hand in Hand mit dieser Lahmlegung einer der notwendigsten und im wahren Sinne des Wortes gesunden Bewegung geht die Malfieier, da auch sie unter den Begriff der Ferien fällt.

Anlaß zu dieser Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geben die Verhandlungen des Bundestages der chemigraphischen Anstalten Deutschlands, welche im November d. J. in Berlin stattfanden. Mußte sich dort schon Herr Dreher aus Stuttgart gegen die nicht gerade sehr noble Unterstellung von seiten des Herrn Buxenstein verteidigen, er sei aus Rücksicht auf private Beziehungen genötigt, seinen Arbeitern Entgegenkommen zu beweisen, so erging es dem Chef der Firma I. I. Weber, Leipzig noch schlechter, denn er mußte sich schließlich seinen Angreifern und insbesondere wieder Herrn Buxenstein gegenüber damit verteidigen, daß er auch vor dem Bunde der Anstalten »Herr in seinem Hause sein möchte«. Dieses Wort gewinnt erst an Bedeutung, wenn man der vielen Terrorismus Prozesse gedenkt, welche die Rechtsprechung der modernen Arbeiterbewegung als Knüttel zwischen die Beine geworfen hat. Die Versammlung war dann auch sehr dafür, daß das, was von diesen beiden Herren und einigen anderen Ungenannten »verfahren« worden war, wieder rückgängig gemacht werden müsse. Es fand ein Antrag — wer die Dinge kennt, weiß, daß er von Herrn Buxenstein ausging — Annahme, wonach den Arbeitern, mit denen ein Tarif vereinbart worden ist, auf deren Anforderung hin »höchstens« nach 5 Jahren ununterbrochener Arbeitsdauer 1 Woche Urlaub mit halber Bezahlung, nach 10 Jahren 1 Woche mit voller Bezahlung bewilligt werden soll. »Sonst« aber ist die Ferienbewilligung in das sogenannte freie Ermessen der Arbeitgeber gestellt.

Ueber diesen Beschluß hinaus sollen Ferientage nur mit Einwilligung des Bundes bewilligt werden. Da die Bundesversammlung es aber unterließ, wegen der angeregten Malfieier einen Beschluß zu fassen, so kann sich künftig keine Anstalt mit der Arbeitsruhe an 1. Mai einverstanden erklären, ohne gegen den Beschluß der Generalversammlung des Bundes zu verstoßen. So ist also auf eine möglichst geräuschlose Art der 1. Mai aus der Welt geschafft, sofern diejenigen Anstalten, die bisher ein Entgegenkommen zeigten, dieses dem Bunde zuliebe rückgängig machen werden.

Wegen der unstreitig größeren Bedeutung der Sommerferien wollen wir uns heute lediglich mit diesen beschäftigen und da muß gesagt werden, daß der vorerwähnte Beschluß des Bundestages selbst dann unausreichend ist, wenn es gelingen sollte, ihn überall durchzusetzen. Jüngere Kollegen, die Wert legen auf eine gute Ausbildung, werden kaum viel über 5 Jahre in einer Stellung verbleiben und so niemals in den Genuß von Ferien kommen, oder sie bestreiten dieselben voll aus der eigenen Tasche. Aber auch das, was nach fünfjähriger Tätigkeit nicht etwa geboten, sondern auf Erfordern hin höchstens gegeben werden soll, ist herzlich wenig und hat seine wohlwogeneren Gründe. Ganz zurücktreten von der Ferienbewilligung ist nicht mehr gut möglich, da einige Anstalten sie schon zu lange üben. Freimütig etwas geben ist aber nicht die Art der Herren, daher der Beschluß, Einhalt zu tun und nicht weiter zu gehen, als unbedingt erforderlich ist. Die Zeit ist nicht mehr allzumern, da man den Tarif wird erneuern müssen und in dieser Situation ist es von Vorteil, wenn man den neuen Tarif ausstatten kann mit arbeiterfreundlichen Punkten, mit denen man sich lange vorher im stillen bereits abgefunden hat, die nicht viel kosten und das Interesse den wesentlicheren Punkten entziehen. In Anbetracht dieser Erscheinung wird es notwendig sein, daß die Kollegen darauf dringen, daß von allen Anstalten schon im kommenden Sommer der Urlaub bewilligt wird, der nach dem eingangs erwähnten Beschluß statthaft ist. Es muß jedem von uns vergönnt sein, nach einem Jahre gesundheits-schädigender Tätigkeit ein wenig auszuspannen, ohne daß sofort infolge des Lohnausfalles eine Unterernährung eintritt, die den Segen der wenigen freien Tage illusorisch macht. he

## Aus den Sektionen.

**Leipzig.** In No. 47 der »Gr. Pr.« erschien ein Versammlungsbericht der Leipziger Chemigraphen, der sich u. a. mit einer Privatklage des Herrn Mejo, i. Fa. Mejo & Springer, gegen unseren Kollegen Köhler befaßte. Namens des Herrn Mejo sendet uns nun unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes Herr Rechtsanwalt P. Uhlmann in Leipzig, mit der Bitte um Abdruck, folgende Berichtigung: »In der Hauptverhandlung des Schöffengerichts Leipzig vom 12. Oktober 1907 ist in Sachen des Kaufmanns Willi Mejo in Leipzig-Reudnitz gegen den Chemigraphen Richard Köhler in Leipzig-Schleußig u. a. entschieden worden: Die gerichtlichen Kosten werden geteilt. Eine Erstattung der außergerichtlichen Auslagen findet nicht statt, mit anderen Worten, jede Partei hat die Kosten ihres Anwaltes selbst zu tragen. Es trifft also nicht zu, daß, wie Herr Köhler behauptete, Herrn Mejo die Gerichtskosten allein auferlegt worden sind. Es trifft ferner nicht zu, daß der Rechtsanwalt des Herrn Mejo die Zeugen Schubert und Friedel als Sozialdemokraten bezeichnet und abgelehnt habe. Der betreffende Anwalt hat vielmehr lediglich erklärt, daß die zwei Zeugen auf Seite des Herrn Köhler stünden und jedenfalls dessen Sachdarstellung bestätigen würden, im Gegensatz zu noch weiteren, von dem Kläger Mejo zu benennenden Zeugen. Der auf Antrag des Klägers Mejo geladene Zeuge Lange verwickelte sich übrigens

nicht in Widersprüche, sondern konnte nicht mit Bestimmtheit behaupten, ob Herr Köhler mit seiner Erklärung Herrn Mejo gemeint habe. Herr Köhler nahm schließlich gern Veranlassung, im Vergleiche zu erklären, daß er mit der in der Anklage stehenden Behauptung nicht Herrn Mejo, sondern Herrn Lippe habe treffen wollen.

**Leipzig IV (Lichtdrucker).** Am 22. November fand die übliche Monatsversammlung statt. Zum Punkt I der Tagesordnung: Tarifvertrag und Klassenkampf referierte Kollege Köhler. Er schilderte aus der Hand reichen Materials das Zustandekommen der Tarifverträge und bezeichnete als deren Mutterland England. Er streifte ferner die größeren Gewerkschaften Deutschlands, wo es ganz bedeutende Kämpfe gegeben hat, um die Tarife zur Anerkennung zu bringen. Leider kommt es auch des öfteren vor, daß Tarifverträge nicht so eingehalten werden, wie es sein müßte. Auch hängt es viel von dem Funktionieren eines Tarifamtes ab, welches gerade in Leipzig eine Zeitlang fast gar nicht in Tätigkeit war. Ueber Klassenkämpfe berichtete der Referent schon aus dem Altertum. Diese Art von Klassenkämpfen stehen natürlich in keinem Vergleich zu den heutigen. Er betonte unter anderem, daß nur eine starke Organisation imstande ist, den Klassenkampf zur wirksamen Durchführung zu bringen. Eine Tatsache, die leider noch so mancher nicht begriffen hat. An das Referat schloß sich eine lebhaft Diskussion. Unter Punkt 2: »Gewerkschaftliches« bemängelte der Vertrauensmann den überaus lauen Versammlungsbesuch. Die Präsenzlisten ergaben, daß diese Versammlung die schlechtbesuchteste in diesem Jahre war. Es mag allerdings sehr viel dazu beigetragen haben, daß den Lichtdruckern ganz ungeeignete Versammlungslokalitäten angewiesen wurden. Koll. Müller versprach Schritte zu unternehmen, um hierin baldigst Abhilfe zu schaffen. Ferner muß immer wieder darüber Klage geführt werden, daß es doch noch Kollegen gibt, die es nicht für nötig halten, ihre Streiksteuer-Rückstände zu begleichen. Jedenfalls aber rächt sich im geeigneten Moment eine derartige Saumseligkeit. Noch einige interne Angelegenheiten und eine Aufforderung, von der reichhaltigen Bibliothek den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, bildeten den Schluß der Versammlung.

**Dresden (Lichtdrucker).** Am 30. Novbr. fand eine Filialversammlung der Lichtdrucker Dresdens statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vertrauensmann das Ableben des Kollegen Lemberg bekannt und bat, demselben ein ehrendes Andenken zu bewahren. Zum 1. Punkt: »Die Philosophie des Proletariats« erhielt Kollege Saupé das Wort. Er erläuterte in ca. 1 1/2 stündigem Vortrage die Entwicklung der Philosophie von ihren ersten Anfängen, wo ein Philosoph noch alles menschliche Wissen über die Gesetze der Natur umfassen konnte, bis zur Philosophie der Neuzeit, in der wegen der ungeheuren Erweiterung der menschlichen Erkenntnis jeder Gelehrte nur ein verhältnismäßig kleines Spezialgebiet zu bearbeiten vermag. Redner verbreitete sich dann weiter über die Entwicklung des modernen Proletariats von den Anfängen des vorigen Jahrhunderts an und ging dann über auf die proletarischen Klassenkämpfe, die darauf hinausgehen, das geknechtete Proletariat von seinen Bedrückern zu befreien und der Ausbeutung durch die besitzenden Klassen ein Ziel zu setzen. Unter Punkt 2 erstattete der Kassierer den Kassenbericht; die Einnahmen und Ausgaben betragen in der Gewerkschaftskasse 308,70 Mk., in der Unterstützungskasse 882 Mk. und in der Invaliden- und Witwenkasse 235,75 Mk. für das III. Quartal 1907. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß 71. Die Richtigkeit bestätigte ein Revisor. Beim 3. Punkt entspann sich eine lebhaft Debatte über die fernere Gestaltung des Filialwesens infolge der Anstellung eines besoldeten Beamten am 1. Januar 1908. Diese Angelegenheit soll in einer der nächsten Versammlungen endgültig geregelt werden. Weiter machte der Vertrauensmann darauf aufmerksam, daß es an der Zeit ist, die Prinzipale dort, wo schon genügend Lehrlinge beschäftigt sind, daran zu erinnern, daß Ostern keine neuen eingestellt werden dürfen. Ferner soll in einer späteren Versammlung das Thema »Lehranstalten« näher erörtert werden. Nach Erstattung des Kartellberichtes durch den Delegierten richtete dieser an alle Kollegen die Aufforderung, die Zeitung der Misch-Arbeiterparteien hinauszuerwerfen und der modernen Arbeiterpresse die Tür zu öffnen. 1/12 Uhr erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten, Linoleum, Wachsdruck, Zeug- und Seidendrucker. Offizielle Publikationsrubrik des Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Vors. u. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Bodstr. 26. Kass. F. Brinkmann, Rixdorf, Jonasstr. 3.)

### Zur

## Anschlußfrage der Formstecher.

In letzter Zeit ist bezüglich des Anschlusses des Zentralvereins der Formstecher an den Verband der Lithographen und Steindruckers sehr viel in der Presse geschrieben worden. Auch

die Filiale Radebeul will hiermit die Stimmung unter den hiesigen Kollegen klarlegen. Diese sind der Meinung, daß wir Formstecher nur durch den Anschluß an einen größeren Verband unsere Lage verbessern können.

Bei genauer Betrachtung der gegenwärtigen Situation sollte man meinen, daß stichhaltige Gründe gegen den Anschluß überhaupt nicht mehr anzuführen seien.

Der engere Zusammenschluß der Fabrikanten, welcher doch nur den Zweck hat, auf alle mögliche Art und Weise auf Kosten der Arbeiter zu sparen, sollte doch alle Kollegen zur Einsicht bringen, daß nur durch Anschluß an den Verband der Lithographen und Steindruckers, (in welchem bereits ein großer Teil der Drucker organisiert ist, mit denen vereint wir nur unsere Lage verbessern können) den Unternehmern ein Damm gesetzt werden kann.

Man sehe sich einmal die Gründe an, welche gegen den Anschluß angeführt werden. Da ist zuerst der »zu hohe Beitrag« zu nennen.

Glauben die Kollegen, daß wir mit dem jetzigen Beitrag noch lange weiter auskommen können?

Die nächste Generalversammlung muß unbedingt eine Erhöhung der Beiträge bringen, wenn unser Verband als Kampforganisation weiter bestehen soll.

Mit den uns jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln können wir uns wohl kaum in eine große Aktion einlassen, unsere Existenz finanziell verbessern, oder gar einen besoldeten Beamten anstellen.

Die Kollegen mögen einmal die Beiträge mit den Unterstützungen beider Verbände vergleichen, dann werden sie sicher zu dem Resultat kommen, daß das Mehr, was wir zu zahlen hätten, reichlich durch die günstigeren Unterstützungen im Senefelder-Bund aufgewogen würden. Auch das es manchen Kollegen fast unmöglich wäre, die »hohen Beiträge« zu entrichten, kann uns nicht recht einleuchten, da doch jeder Arbeitslose oder Kranke davon befreit ist, und die im Verband angelegten Gelder doch die größte Verzinsung bringen.

Wir hoffen, daß sich jeder einzelne Kollege der Situation voll bewußt ist, und bei einer eventuellen Urabstimmung seine Stimme zugunsten des Anschlusses in die Wagschale wirft.

Wenn es auch, wie man sagt, fast unmöglich ist, dieses Opfer zu bringen, so ist es also doch noch möglich!

Darum Kollegen, schreckt nicht davor zurück und tretet alle ein für den Anschluß an den Verband der Lithographen und Steindruckers.

## Formstecher-Streifzüge.

Die Gründung der Tapeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft, kurz »Tiag« genannt, hat Zustände in der Tapetenbranche hervorgerufen, die nichts weniger als erfreulich sind. Ganz besonders sind neben den Musterzeichnern die Formstecher sehr hart in Mitleidenschaft geraten, was in sere Kollegen durch eine stellenweise unerhörte Arbeitslosigkeit und deren Begleiterscheinungen haben fühlen müssen. Absichtlich haben die Tiag-Fabriken mit dem Kauf und der Ausgabe neuer Muster gewartet. Selbst wenn der eine oder andere Fabrikant wollte, es waren ihm Schranken auferlegt, so daß er nicht mehr machen konnte, was er in seinem Betriebe für notwendig hielt. Dieser Zustand illustriert so recht das vom Unternehmer bei gewissen Fällen mit Vorliebe gebrauchte Wort: »Ich bin Herr in meinem Hause.« Selbst das Unternehmerorgan, die »Tapete«, ersucht für die Zeichner und Formstecher um eine mildere Praxis. Jedoch an so etwas kehrt sich der Kapitalismus nicht! Die wirtschaftliche Entwicklung geht ihren Gang und wird den einen früher, den andern später unbarmherzig erfassen. Grade solche Umwälzungen aber sollten unseren Kollegen alle Veranlassung zum Denken geben und sie zu der Erkenntnis bringen, daß neben der gewerkschaftlichen auch die politische Organisation der Arbeiter eine unverlässliche Vorbedingung ist für die Befreiung aus dem Joche der privatkapitalistischen Produktion. Leider ist die Zahl der politisch organisierten Formstecher eine sehr geringe.

Durch die Gründung der Tiag sind aber auch unsere Prinzipale diesmal schlecht weggekommen, und einige haben sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, ihren Kunststempel zu schließen. Hätten die Herren nicht in so frivol Weise die Abmachungen mit den Gehilfen gebrochen, so wäre

eine gemeinsame Aussprache über die gegenwärtige Situation möglich und auch vielleicht von Wirkung, wenn die Sache am richtigen Ende angefaßt würde. Jedoch die mit den Herren gemachten Erfahrungen müssen uns vor einem Schritte warnen, der nur im Vertrauen auf Treu und Glauben bei den Prinzipalen unternommen werden könnte. Jetzt versuchen es Einzelne mit allerhand Triks, um die Tapetenfabrikanten zu bewegen, ihnen Arbeit zu geben. Sogar mit einem im Stillen vorbereiteten Streik der Formstecher wird den Fabrikanten gruselig zu machen versucht. Gegen eine derartige Handlungsweise haben wir uns entschieden zu verhalten.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann werden wohl die Hausstechereien mehr und mehr ausgeschaltet. Daß dieselben überflüssig sind, ist schon oftmals betont worden, und daß die Aktien-Gesellschaft die Vorteile der eigenen Stecherei sich zu Nutze macht, kann nur eine Frage der Zeit sein. Die nächsten Wochen werden die Lage schon etwas klarer erkennen lassen; jedenfalls wird nach Neujahr die Arbeitsgelegenheit eine günstigere sein.

Die ungünstige Lage hat auch in unserer Organisation eine gewisse Stagnation hervorgerufen. In der Presse herrscht miunter Totenstille, von den Versammlungen unserer Kollegen hört man kaum noch was, unsere sonst tätigen Mitarbeiter an der Presse scheinen im Schmolzwinkel sich wohl zu fühlen und an berufener Stelle scheint man keine Zeit zu haben. Kollegen, es ist wahrlich die höchste Zeit, das Remedur geschaffen wird, daß etwas mehr Leben und Wirken in unserer Organisation Platz greift. Stoff ist genug vorhanden dazu. Fingerzeige gibt uns die Resolution der Kölner Gaukonferenz und es wäre sehr zu wünschen, wenn dieselbe etwas näher begründet würde von den betreffenden Kollegen.

Die Verschmelzung mit einer größeren Organisation wird unser Heil von selber nicht bringen. Auch dann wird es nötig sein, im Berufe selbst fester noch als bisher zusammenzustehen.

Jedenfalls aber sollten die Kollegen durch die Verschmelzungsfraße ihre zunächstliegenden Berufsinteressen nicht beiseite schieben oder gar ganz vergessen.

Hoffentlich kommt die außerordentliche Generalversammlung recht bald zustande, daß Gelegenheit gegeben ist, zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen.

J. G.

## Eingänge.

**Jahrbuch für das lithogr. Gewerbe.** Kalender für Lithographen, Steindruckers etc. 1908. Herausgegeben unter Mitwirkung tüchtiger Fachleute von Carl Kluth, Karlsruhe i. B., Kaiserallee 77. 160 Seiten, zahlreiche Beilagen, Inseraten-Anhang. Preis 1,25 Mk.

Das Jahrbuch, das mit der vorliegenden Ausgabe im 8. Jahrgang erscheint, bietet wieder eine Fülle von künstlerischen und fachtechnischen Anregungen. Aus dem Vorlagenmaterial ist die technisch vielleicht vorzüglichsten, aber künstlerisch wertlosen geätzten Briefköpfe usw. fast völlig verschwunden. Sie wurden ersetzt durch einfache, geschmackvolle Arbeiten, aus denen besonders der Merkantillithograph gar manches lernen kann. Erwähnt seien hauptsächlich die vorzüglichen und sinnreichen Geschäftssignets von Albin Riedel-Chemnitz, die Schülerarbeiten der Leipziger Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, die Drucksachen des Vereins »Schnörkel« in Frankfurt a. M. und die Original-Lithographien von F. Frankl und H. R. v. Volkmann. Unter den Textbeiträgen wird nicht nur der Lithograph, sondern besonders auch der Steindruckers manchen beherzigenswerten Wink für die Praxis finden. Das Buch kann daher allen Kollegen bestens empfohlen werden.

**Sozialismus und Kolonialpolitik.** Eine Auseinandersetzung. Von Karl Kautsky. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk., Agitationsausgabe 0,50 Mk. Die vorstehende Broschüre verdankt ihre Entstehung den Verhandlungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik. Bekanntlich lagen dem Kongress zwei verschiedene Resolutionen vor, von denen die erste nicht jede Kolonialpolitik ohne weiteres verwirft, während die andere jedwede Kolonialpolitik unter dem bestehenden kapitalistischen Regime ablehnt. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Positive Kolonialpolitik. — Die Ethik der Kolonialpolitik. — Die Arbeitskolonien. — Ausbeutungskolonien alten Stils. — Ausbeutungskolonien neuen Stils. — Gewalttätige oder friedliche Zivilisierung. — Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus. Der Rückfall in die Barbarei. Anhang: Ein Brief von Friedrich Engels.

**Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland.** Acht Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Von Paul Umbreit. Zweite Auflage. Nebst Anlagen: Statistische Uebersichten über die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Berlin 1907. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien). 190 Seiten, Preis 1,50 Mk.